

# Ehrliche Worte für Nebenerwerbslandwirte

Landwirtschaftsminister Brunner als Gast – „Glaube nicht, dass Blauzungenimpfung nochmal Pflicht wird“

Von Norbert Peter

**Vorderschmiding.** Ruhig und sachlich, mit viel Zeit für Fragen, verlief eine Informationsveranstaltung des Bayerischen Landesverbandes für Landwirte im Nebenberuf. Vor 120 Teilnehmern im Gasthaus Breit zeigte Bayerns Landwirtschaftsminister Helmut Brunner derzeitige Problematiken auf, versicherte aber auch, dass die Nebenerwerbslandwirte in seinem Ministerium den gleichen Rang einnehmen wie die Vollerwerbslandwirte. Landesvorsitzender Karl Fuchs aus Winkelbrunn lobte Helmut Brunner, dass er die Interessen aller Landbewirtschaftler in München und Berlin wie auch in der EU vehement vertrete.

Auf die derzeit laufenden Koalitionsverhandlungen eingehend erklärte Helmut Brunner, er habe ständig Kontakt mit der Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner und er kämpfe dafür, dass der Begriff „bäuerliche Landwirtschaft“ auch weiterhin in der Bundespolitik aufgenommen bleibe. Trotz allem müssen sich Bayern und Deutschland wie die anderen Länder den Kriterien der EU unterwerfen und deren Vorgaben auch umsetzen.

## Nebenerwerb ist nicht der Einstieg in den Ausstieg

Helmut Brunner betonte, mehrere seiner Forderungen sollen mit allem Nachdruck bei den Koalitionsverhandlungen eine Rolle spielen. „Unter anderem brauchen wir in der Milchpolitik eine Anpassung des Kartell- und Wettbewerbsrechts, um die Marktstellung der Erzeuger gegenüber dem Lebensmittelhandel zu stärken. Die für Deutschland bereits für zwei Jahre vorgesehene Entlastung beim Agrardiesel soll dauerhaft gelten“.

Priorität hat für Helmut Brunner der Abbau von Wettbewerbsnachteilen gegenüber den Mitbewerbern auf europäischer Ebene.

Sich ständig verändernde Rahmenbedingungen wie der rasante Fortschritt, die liberalisierten Agrarmärkte, aber auch der Klimawandel und steigende gesellschaftliche Anforderungen machen eine Anpassung auch der 118 000 bäuerlichen Betrie-



Überzeugend argumentierte Bayerns Landwirtschaftsminister Helmut Brunner (rechts) bei der Informationsveranstaltung des Bayerischen Landesverbandes der Landwirte im Nebenberuf. – Fotos: Peter

be in Bayern notwendig. Dabei schöpfe die Bayerische Staatsregierung ihre Gestaltungsspielräume im Interesse aller Landwirte voll aus.

„Die Nebenerwerbslandwirte haben in der Bayerischen Agrarpolitik auch weiterhin eine große Bedeutung“, versicherte der Minister. Der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe sei seit über 30 Jahren deutlich angestiegen und habe sich in den letzten Jahren bei rund 55 Prozent stabilisiert. „Dies belegt, dass die Nebenerwerbslandwirtschaft eben kein Einstieg in den Ausstieg ist“.

Bayern habe, so Helmut Brunner, bei allen Fördermaßnahmen auf eine Gleichberechtigung der Nebenerwerbslandwirte geachtet. „Die Ausgleichszulage wird weiterhin ab einem Mindestbetrag von 100 Euro und ab einer landwirtschaftlichen Fläche ab drei Hektar gewährt, obwohl der Bayerische Oberste Rechnungshof eine deutliche Anhebung auf eine Zahlung erst ab 600 Euro gefordert hat“.

Bei der Agrardieselbesteuerung konnte Bayern aufgrund seines Vorstoßes, den Selbstbehalt in Höhe von 350 Euro aus Landesmitteln auszugleichen, die anderen Länder und den Bund überzeugen, diesen Selbstbehalt abzuschaffen. Damit kommen 2009 erstmals rund 60 000 Betriebe, in der Regel sind dies Nebenerwerbsbetriebe, wieder in den Genuss der Steuervergünstigung.

Neben dem Erwachsenen-Ausbildungsprogramm gewährt Bayern im Gegensatz zu anderen Bundesländern auch kleinen Betrieben die Möglichkeit einer Antragstellung zur Einzelbetrieblichen Investitionsförderung. „So verzichten wir bei der Förderung von Investitionen bis 100 000 Euro generell auf eine Buchführung und akzeptieren auch andere Nachweise für eine erfolgreiche Betriebsführung“.

Im „Blick nach vorn“ zählte Helmut Brunner die Sicherstellung der Finanzierung der Agrarpolitik auf EU-, Bundes- und Landesebene auf dem bisherigen Niveau zu den wichtigsten agrarpolitischen Schwerpunkten in den nächsten Jahren. „Dabei fordere ich immer wieder



Landesvorsitzender Karl Fuchs (links) dankte Helmut Brunner für die Aussage, dass Nebenerwerbslandwirte in der bayerischen Agrarpolitik eine große Bedeutung haben.

auch die Einführung einer Höchstgrenze bei den Direktzahlungen je Betrieb“.

Die bodengebundene Tierhaltung müsse auch nach 2013 besonders berücksichtigt werden, da sie eine große Bedeutung für vitale ländliche Räume habe.

Brunner forderte für Agrarumweltmaßnahmen einen finanziellen Aufschlag von 20 Prozent. Die Kulap-Prämie wird bisher auf der Basis der durch die Nutzungsaufgaben verursachten höheren Kosten errechnet. Kaum jemand werde aber Programme mit Auflagen beantragen, wenn nur die Auslagen ausgeglichen werden.

## Der Glaube an die bäuerliche Landwirtschaft

Es gelte auch, die Entscheidungsträger in Brüssel davon zu überzeugen, „dass die Zukunft der Landwirtschaft nicht in einem grenzenlosen Strukturwandel liegen kann. Ich glaube fest an unsere bäuerliche Landwirtschaft und an unsere landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetriebe“. Eine Aussage, die mit großem Beifall quittiert wurde.

Der Bio-Landwirt Anton Reidl sprach wie auch Ursula Lankl die Blauzungenimpfung an. „Warum wird diese Impfung in anderen Ländern freiwillige Basis gestellt, in Deutschland und in Bayern aber nicht, zumal

der Impfstoff noch nicht zugelassen ist?“

Helmut Brunner erklärte, man habe sich beim Impfmittel auf die Experten verlassen müssen. Dann die entscheidende Aussage von Helmut Brunner: „Ich glaube nicht, dass die Impfung gegen die Blauzungenkrankheit noch einmal zur Pflicht wird“.

Angesprochen wurde die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, bei der die Nebenerwerbslandwirte „immer draufzahlen“ müssen, wie auch die Kennzeichnungspflicht von Schafen. Kleine Schafhalter sollten davon befreit werden, zumal die Kosten der elektronischen Kennzeichnung nicht gering sind. Schafhaltung für den Eigenbedarf erhalte keine Förderung und damit sollte auch keine Verpflichtung entstehen, wurde argumentiert.

Karl Fuchs monierte, dass Nebenerwerbslandwirte keine Genehmigung für ein Bauen im Außenbereich erhalten. Helmut Brunner erklärte, Bauen im Außenbereich falle unter das Bundesgesetz. Eine familiengerechte Erweiterung sei auch für Landwirte im Nebenerwerb möglich, wenn diese im Zusammenhang mit der bestehenden Bebauung erfolge.

„Ehrliche Worte unseres Landwirtschaftsministers“, erkannte Karl Fuchs an, „die unsere Hoffnung bestätigen haben, dass die Nebenerwerbslandwirte nicht auf der Abschussliste stehen“.